

Pressemitteilung

07. April 2022

Bundestagsentscheidung sorgt für Bestürzung in der Pflege

Impfpflicht zum Schutz vulnerabler Gruppen notwendig

Mit Bestürzung hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen zur Kenntnis genommen, dass es im Bundestag heute keine Mehrheit für eine allgemeine Impfpflicht gab.

Der Verband, in dem mehr als 200 Alten- und Pflegeeinrichtungen organisiert sind, kritisiert, dass die Impfpflicht nun weiterhin nur für die Menschen gelten soll, die aufgrund ihres Berufes ohnehin in der Corona-Pandemie besonders belastet sind, wie Beschäftigte in der Pflege, der Behindertenhilfe, der Sozialen Psychiatrie und der Suchthilfe. „Die Entscheidung des Bundestages ist ein Schlag ins Gesicht unserer Mitarbeitenden und unserer Klient*innen, für die Corona besonders gefährlich ist“, sagt Walter Berle, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Hessen und Sprecher der Fachgruppe stationäre Altenhilfe. „Ohne eine allgemeine Impfpflicht können vulnerable Gruppen nicht ausreichend geschützt werden, kann die Pandemie nicht ausreichend beherrscht werden“

Vor der Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht war darüber spekuliert worden, ob dies zu einer signifikanten Abwanderung aus den betroffenen Berufen führen wird. Dies droht aus Sicht des Paritätischen Hessen nicht. Sehr wohl könnte aber die Nicht-Einführung einer allgemeinen Impfpflicht dazu beitragen, dass die Mitarbeitende vor einer weiterhin nicht eingedämmten Pandemie mit all ihren Belastungen kapitulieren und aufgeben.

Ansprechpartnerin beim Paritätischen Hessen:

Barbara Helfrich
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 069/955 262-43
E-Mail: barbara.helfrich@paritaet-hessen.org

Der PARITÄTISCHE Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.